

# ***Zunehmender Produktivitätsschwäche durch Reformen entgegenwirken***

11. Juni 2019

## ***Zusammenfassung***

Die international verbreitete Produktivitätsschwäche macht auch vor Deutschland keinen Halt. Trotz der Chancen durch Globalisierung und Digitalisierung stagniert die Arbeitsproduktivität in Deutschland. Dabei ist Produktivitätswachstum eine zentrale Voraussetzung für Wohlstandsgewinne und Wettbewerbsfähigkeit. Ohne Produktivitätswachstum fehlt auch Spielraum für Lohnerhöhungen.

Mit dem Strukturwandel und der voranschreitenden demografischen Entwicklung steht die deutsche Wirtschaft vor weiteren umfassenden Herausforderungen. Die Alterung der Gesellschaft erschwert nicht nur die Finanzierung der Sozialsicherungssysteme, sondern setzt durch den zunehmenden Fachkräftemangel auch negative Impulse für Investitionen in Unternehmen.

Zur langfristigen Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels brauchen Unternehmen dringend Rahmenbedingungen, die einerseits flexible Anpassungen an Herausforderungen durch die Digitalisierung, die Demografie und die Globalisierung ermöglichen und andererseits ein investitionsfreundliches Klima schaffen. In der Praxis schränkt die Politik allerdings zunehmend die Arbeitsmarktflexibilität ein und treibt durch sozialpolitische Leistungsausweitungen die Sozialabgaben in die Höhe.

Die Politik ist in der Pflicht, einen zukunftsorientierten Rahmen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Dafür braucht es umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität Deutschlands als Standort für Innovationen und Investitionen. Eine investitionsfreundliche Unternehmenssteuerreform und eine Sozialabgabenbremse bei 40 % müssen zeitnah beschlossen werden.

## ***Im Einzelnen***

### ***Steigende Arbeitskosten gefährden preisliche Wettbewerbsfähigkeit***

Innovationen und Produktivitätssteigerungen sind die Grundlage für stabiles Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Allerdings steigt die Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept) in der deutschen Wirtschaft im Schnitt der letzten Jahre um weniger als 1 % pro Jahr (vgl. Abb. 1). Im Jahr 2018 stagnierte sie bei 0 % und für das laufende Jahr wird sogar ein Rückgang der Arbeitsproduktivität von 0,3 % prognostiziert (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, März 2019).

Gleichzeitig führen – gestärkt durch den anhaltenden Aufschwung am Arbeitsmarkt – kräftige Lohnsteigerungen zu einer erheblichen Erhöhung der Lohnstückkosten in Deutschland. Die Bundesregierung erwartet in ihrem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht einen Anstieg um 3,0 % nach 2,9 % im vergan-



genen Jahr. Die Entwicklung der Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Arbeitskosten zu Produktivität, stellen ein wichtiges Maß für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft dar.

Betrachtet man die Löhne und andere Arbeitskosten, gehört Deutschland zu den teuersten Industrieländern überhaupt. Im internationalen Vergleich liegt das deutsche Verarbeitende Gewerbe bei den Arbeitskosten sogar auf dem vierten Platz. Lediglich in Norwegen, Belgien und Dänemark sind die Arbeitskosten höher als hierzulande (vgl. Abb. 2, IW Köln 2018). Ein wesentlicher Grund hierfür ist insbesondere die hohe Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit. Mit einem Steuer- und Abgabenkeil von durchschnittlich 49,5 % (für einen Durchschnittsverdiener) wird Deutschland nur von Belgien übertroffen, wobei Deutschland deutlich oberhalb des OECD-Durchschnitts von 36,1 % liegt (OECD, Taxing Wages 2019).

Können Unternehmen die Kosten höherer Löhne nicht mehr ausreichend selbst erwirtschaften, müssen diese auf die Preise ihrer Erzeugnisse übertragen werden. Wenn dies nicht möglich ist, schrumpfen Gewinne bzw. kommt es zu Verlusten und es fehlt Geld für produktivitäts- und wachstumsfördernde In-

vestitionen. Für Unternehmen stellen die hohen Arbeitskosten neben Bürokratie, Fachkräftemangel und Energiekosten ein zentrales Hemmnis für Investitionen dar (s. Abb. 3).

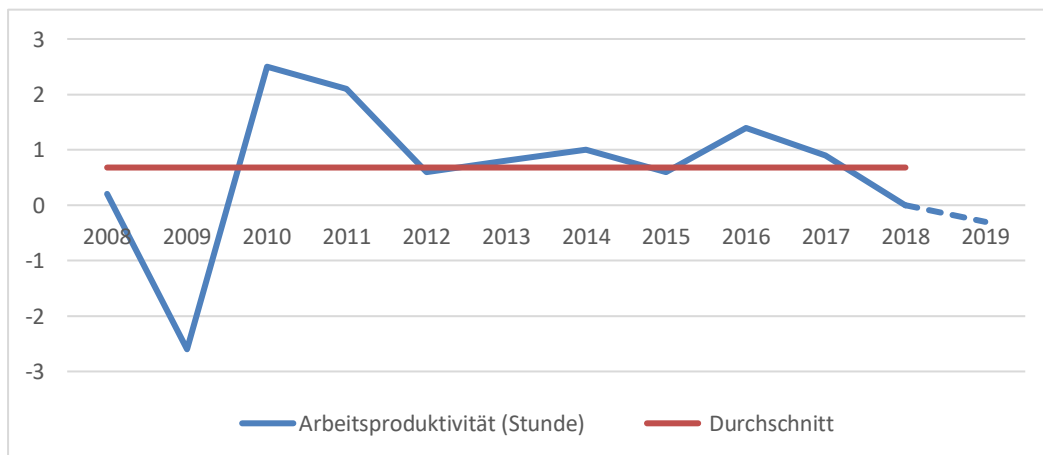
### **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik langfristig ausrichten**

Für eine langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit benötigt es dringend einer Verbesserung des Investitionsklimas in Deutschland. Eine zentrale Rolle spielt hierbei das Vertrauen privater Investoren in eine verlässliche, zukunftsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

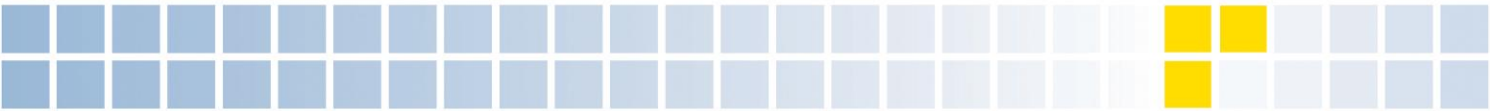
Mit der Verringerung der Arbeitsmarktflexibilität durch die vereinbarte Einschränkung der sogenannten sachgrundlosen Befristung sowie durch das Recht auf befristete Teilzeit sorgt die Koalition allerdings derzeit für eine Verschlechterung des Investitionsklimas. Statt einer weiteren Rückabwicklung der erfolgreichen Reformen der Agenda 2010 sollte die Bundesregierung diese zielstrebig weiterentwickeln. Die immer neuen Ausweitungen der Sozialleistungen müssen gestoppt werden. Vielmehr bedarf es einer Sozialabgabenbremse bei 40 % und einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik hin zu zukunftsorientierten Investitionen.

### **Abb.1: Schwaches Produktivitätswachstum gefährdet Wettbewerbsfähigkeit**

Veränderung der Arbeitsproduktivität je Stunde, in % zum Vorjahr



Daten: Statistisches Bundesamt, 2019



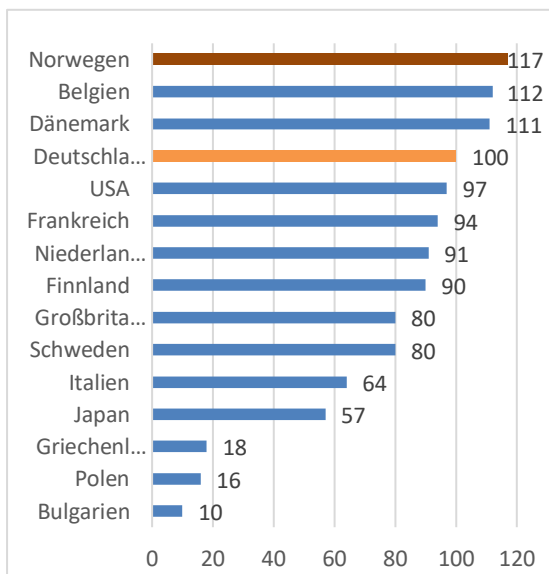
### Demografischen Wandel begegnen – Anreize für Erwerbsbeteiligung stärken

Dem abnehmenden Beitrag des Faktors Arbeit zur Wirtschaftsleistung (IW Köln 2017, „Perspektive 2035“) – bedingt durch den demografischen Wandel und den zunehmenden Fachkräftemangel –, muss durch eine verbesserte Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials Einhalt geboten werden. Hierfür sind verbesserte Anreize für einen möglichst langen Verbleib im Arbeitsleben erforderlich. Insbesondere muss die abschlagsfreie „Rente ab 63“ baldmöglichst auslaufen. Zudem muss der Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten für Kinder weiter vorangetrieben werden. Nur so kann die erfolgreich erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen auch in Vollzeit- oder vollzeitnaher Beschäftigung gestärkt werden.

Durch die längst überfällige Modernisierung des Arbeitszeitrechts hin zu einer Höchstarbeitszeit pro Woche könnte die Arbeitszeitgestaltung flexibilisiert und die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen in der zunehmend

### Abb. 1: Deutschland gehört zu den teuersten Industriestandorten

Arbeitskosten\* im internationalen Vergleich, indiziert, Deutschland = 100



\*Verarbeitendes Gewerbe, 2017, je geleistete Stunde, Daten: IW Köln

globalisierten und digitalisierten Welt verbessert werden.

Schließlich zeigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht 6/2017), dass selbst bei Aktivierung aller inländischen Erwerbspotenziale zukünftig die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland notwendig sein wird, um den Arbeitskräftebedarf in Deutschland zu decken. Daher sollte das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz zügig und ohne Verwässerungen beschlossen und umgesetzt werden.

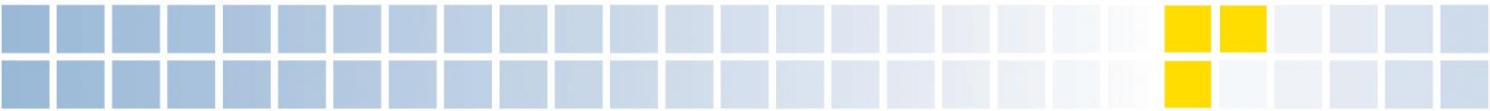
### Bildung ist Deutschlands wichtigste Ressource

In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist Bildung die wichtigste Ressource. Für die langfristige Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit ist eine Stärkung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bevölkerung – insbesondere auch der digitalen Kompetenzen – auf allen Bildungsstufen entscheidend. Der Beschluss des Digitalpakts stellt hierfür einen ersten wichtigen Schritt dar.

Die zugesagten Bundesmittel müssen nun zügig für die Verbesserung der digitalen Infrastruktur an Schulen verwendet werden. Sie dürfen keinesfalls als Ersatz für Landesmittel verstanden werden. Berufsschulen müssen, damit sie die Herausforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt adäquat meistern können, bei der Mittelzuwendung genauso berücksichtigt werden wie allgemeinbildende Schulen.

### Technologischen Fortschritt vorantreiben – Innovationspotenziale stärken

Für einen erfolgreichen Strukturwandel müssen Innovationspotenziale konsequent genutzt werden. Die Digitalisierung sowie der



Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien bergen umfassende Chancen, um der Produktivitätsentwicklung neuen Schub zu verleihen. Eine aktuelle Studie der IW Consult GmbH („Produktivitätswachstum in Deutschland“, 2019) zeigt, dass insbesondere Unternehmen, welche digitale Güter herstellen oder intensiv nutzen, ein höheres Produktivitätswachstum aufweisen. Allerdings wurde in Deutschland bisher weniger in Informations- und Kommunikationstechnologien investiert als in anderen Ländern. Einer der Folgen ist, dass derzeit gerade einmal die Hälfte (51 %) der deutschen Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern über einen schnellen Internetanschluss verfügt (IW Köln 2019). Auch bei Zukunftstechnologien muss mehr getan werden. Es reicht z. B. nicht aus, wenn die Bundesregierung bis zum Jahr 2023 nur etwa eine Milliarde Euro für die Förderung der zukunftsentscheidenden Technologie künstliche Intelligenz einplant.

Damit Deutschland den Anschluss an internationale digitale Vorreiter wie China und Korea nicht verliert, sollte der flächendeckende Ausbau von Giga-Netzen zügig vorangetrieben werden. Dabei gilt es, gezielte Investitionsanreize zu setzen sowie einen fairen Wettbewerb zu sichern. Planungs- und Genehmigungs-

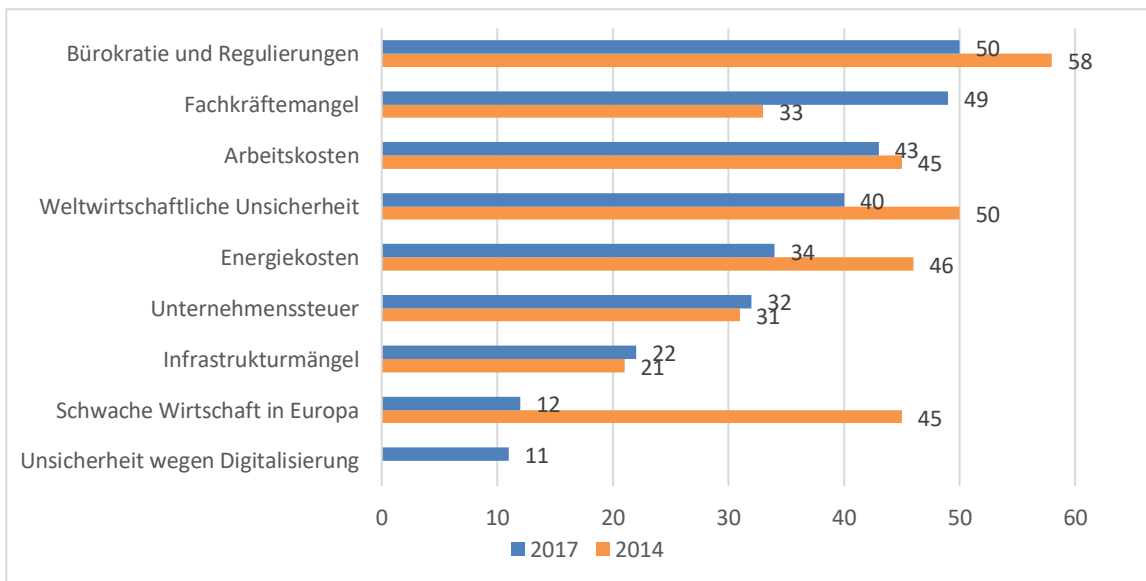
verfahren dürfen nicht verzögert werden. Im Verkehrsbereich wurde mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte bereits ein wichtiger Schritt unternommen, dem nun eine konsequente Umsetzung folgen muss.

### Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern

Mit dem geplanten Kohleausstieg soll der Energiewende neuer Schwung verliehen. Über die gesellschaftliche Akzeptanz und den notwendigen ökologischen Erfolg der Energiewende wird allerdings vor allem der ökonomische Erfolg entscheiden. Die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, ein konsequenter Netzausbau sowie wettbewerbsfähige Preise müssen daher zentrale Bestandteile einer langfristig angelegten Strategie sein. Hierfür gilt es, ökonomische Lösungen herauszuarbeiten und marktverzerrende Eingriffe zu vermeiden.

Die hohen Strompreise in Deutschland stellen einen signifikanten Wettbewerbsnachteil dar. Heute zahlt die deutsche Industrie mit 15 Cent pro Kilowattstunde (kWh) den höchsten Strompreis in der EU. Zum Vergleich: Belgien

Abb. 2: Investitionshemmnisse für Unternehmen abbauen



Daten: IW Köln 2017, Hausgemachte Investitionshemmnisse



zahlt 10,8, die Niederlande 8,6 und Schweden nur 6,8 Cent pro kWh (Eurostat 2018), im für den kleinen Mittelstand relevanten Niederspannungsbereich wurde inzwischen sogar die 30-Cent-Marke überschritten (BDEW 2019).

Für einen kosteneffizienten Übergang hin zu einer ökologisch nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, bedarf es einer einheitlichen europäischen Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Gemeinsames Handeln bietet hohe Effizienzgewinne. Durch eine Vollendung des Energiebinnenmarkts könnten jährlich rund 250 Milliarden Euro eingespart und neue Spielräume für Investitionen in nachhaltige Technologien geschaffen werden.

### ***Moderne Rahmenbedingungen für modernen Wirtschaftsstandort***

Mit einer Gesamtsteuerbelastung von mehr als 30 % (kombinierte Steuersätze von Körperschafts- und Gewerbesteuer) verliert Deutschland im internationalen Unternehmenssteuerwettbewerb immer mehr den Anschluss. Nach über zehn Jahren Reformstillstand ist es daher höchste Zeit, die private Investitionstätigkeit durch eine investitionsfreundliche Unternehmenssteuerreform auf möglichst breiter Basis zu stärken.

**Ansprechpartner:**

#### **BDA | DIE ARBEITGEBER**

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

#### **Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern**

T +49 30 2033-1950

volkswirtschaft@arbeitgeber.de

Neben der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags sollte die im Koalitionsvertrag vereinbarte steuerliche Forschungsförderung zügig eingeführt werden. Diese würde einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen leisten und sollte daher allen Unternehmen unabhängig von ihrer Größe offenstehen. Gleichzeitig würden günstigere Abschreibungsregeln allen investierenden Unternehmen Liquiditätsvorteile verschaffen.

Die Politik ist mehr denn je gefordert die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Ein moderner Rahmen für Unternehmertum ist und wird auch in Zukunft die Grundlage für Investitionen und den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen und Wohlstand bleiben. Gemeinsam mit internationalen Partnern gilt es dabei auch, faire Regeln für internationalen Wettbewerb und freien Handel zu sichern. Wettbewerbsverzerrende Subventionen müssen abgeschafft, geistiges Eigentum geschützt und der staatliche Einfluss begrenzt werden.

Es gilt die Europäische Integration voranzutreiben und den Europäischen Binnenmarkt mit seinen über 500 Millionen Konsumenten zu stärken. Dieser ist nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt, sondern durch den intensiven Wettbewerb ein wichtiger Motor für Innovationen und Wachstum in Europa.